

A-087/2019	<b>Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin</b> 18.12.2019	
	8506	schr



## Beschlussantrag Nr. BA-008/2020

**Einreicher:**  
Fraktionsgemeinschaft, DIE LINKE/Die PARTEI

**Gegenstand:**  
CHEMNITZ DU HAST RECHTE – Grundsatzerklärung zum Gegenwirken antidemokratischer, antipluralistischer, menschenfeindlicher und rechtsextremistischer Entwicklungen in der Chemnitzer Stadtgesellschaft - Stärkung der Zivilgesellschaft

**Kostendeckungsvorschlag:**  
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	05.02.2020	öffentlich			

**Beschlussvorschlag:**

1.  
Der Stadtrat der drittgrößten Großstadt Sachsens Chemnitz stellt mit Besorgnis fest, dass antidemokratische, antipluralistische, menschenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen und Taten bis hin zu Gewalt in Chemnitz immer stärker offen zu Tage treten. Ein bedenklich großer Teil der Stadtgesellschaft steht nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

2.  
Der Stadtrat erklärt für die Wahlperiode 2019-2024 daher parteiübergreifend einen besonderen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, den Schutz von Minderheiten, der Menschenrechte und von Opfern rechter Gewalt sowie das Engagement gegen Ursachen und Folgen von Antisemitismus, Rassismus und extreme Rechte zu legen und das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Wertschätzung von Vielfalt und eines respektvollen solidarischen Miteinanders wieder zu stärken.

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft werden wir eine Demokratie- und Beteiligungsoffensive entwickeln, um das Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen und so eine weitere Verankerung von Rechtsradikalen in unserer Stadtgesellschaft aufzuhalten.

Dort wo die Gleichwertigkeit aller Menschen bestritten wird, stellen sich die Stadt Chemnitz und der Stadtrat ohne zu zögern schützend vor die Bedrohten.

Um Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen, sollen gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin alle Anstrengungen unternommen werden, die die Stadtverwaltung in die Lage versetzt, sich den täglichen praktischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger tatkräftig zu widmen.<sup>1</sup>

Wir verstehen die Bürgerinnen und Bürger - und zwar alle, die in Chemnitz leben - als unsere Partner\_innen, beziehen sie aktiv ein, finden Formen, in denen sich Jede und Jeder unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Beruf, Herkunft oder finanzieller Lage beteiligen kann. Vorrang hat die Unterstützung der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger.<sup>1</sup>

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist das Leitmotiv unseres Handelns. Hierfür übernehmen die Stadträtinnen und Stadträte aller Fraktionen Verantwortung. Schwierigkeiten und Herausforderungen werden wir breit und ausführlich diskutieren und gemeinsam angehen.<sup>1</sup>

Wir schaffen eine neue Kultur des Miteinanders auf der Basis von gemeinsamem Respekt, der Achtung von Menschenwürde, Weltoffenheit und der Wertschätzung von Verschiedenheit, um in einer vielfältigen Gesellschaft gut miteinander auszukommen. Dafür setzen wir die Maßnahmen des Punktes „Demokratie lernen und leben“ noch intensiver um.<sup>2</sup>

Mit der verstärkten Hinwendung zu unseren Gemeingütern, der Verantwortungsübernahme für die öffentliche, kommunale Infrastruktur, auch durch Re-Kommunalisierungen, gewinnen wir das Vertrauen der Chemnitzer\_innen zurück, die heute glauben, Rechtsextremist\_innen und Antidemokrat\_innen hätten Antworten auf die sozialen und gemeinschaftlichen Herausforderungen unserer modernen, digitalen und globalen Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der Vorbildfunktion gewählter Repräsentant\_innen reflektieren die Stadträt\_innen und die Fraktionen kritisch die eigene politische Praxis auf mögliche Ursachen, welche den miserablen Ruf des Stadtrats begründet haben könnten und dem Vertrauen in die Demokratie abträglich sind.

Chemnitz verdankt seinen heutigen Glanz und Wohlstand einer Jahrhunderte alten Tradition des interkulturellen Austauschs, industrieller und wissenschaftlicher Errungenschaften, der Aufbauleistung der Menschen nach dem zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen knapper Rohstoffe, des treuhändischen Ausverkaufs und insbesondere der nunmehr 30-jährigen Periode in Frieden, Freiheit, europäischer Einheit und Demokratie.

Diese zu verteidigen heißt für uns, der Angst vor Statusverlust, Zukunftsunsicherheit und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich etwas entgegenzusetzen.

Wir setzen uns aktiv ein für:

- eine klare Priorität bei den kommunalen Ausgaben für Bildung und die gezielte Förderung von Schüler\_innen mit Lernschwierigkeiten und Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien;
- eine Stadt, die ein öffentlicher Platz und ein Forum ist, in der Menschen sich begegnen, ins Gespräch kommen und einander aktiv unterstützen;
- eine engagierte Bürger\_innenschaft und zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich aktiv für Menschenrechte einsetzen, Benachteiligte unterstützen, in der Nachbarschaft aktiv sind und sich um ein demokratisches Gemeinwesen kümmern und die von der Stadt organisatorisch, finanziell und wertschätzend unterstützt werden;
- eine Stadt, in der Opfer rechter Gewalt jede Hilfe erhalten, die sie benötigen und in der die Landesbehörden mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent Täter\_innen verfolgen;
- eine Stadt, die die Verbreitung von antidemokratischen, antipluralistischen, menschenfeindlichen und rechtsextremistischen Einstellungen auf ihren zentralen Plätzen und im öffentlichen Raum nicht weiter un widersprochen zulässt;
- eine Stadt, die alle möglichen Mittel einsetzt für einen Ausbau außerschulischer politischer und kultureller Bildung und die beim Freistaat für eine konsequente Ausweitung dieser Felder in der schulischen Bildung kämpft.
- eine Stadt, die sich der unverzichtbaren Bedeutung von Kunst und Kunstschaffenden für den gesellschaftlichen Diskurs bewusst ist und alle möglichen Mittel einsetzt, diese ideell und materiell zu fördern.

„in the name of democracy, let us all unite“  
Chaplin, 1940

<sup>1</sup> Unter Bezugnahme auf die Festschrift „Was ist gute Kommunalpolitik?“ der Amadeu Antonio Stiftung, Freudenberg Stiftung, Sebastian Cobler Stiftung, Stiftung Element der Begeisterung zur Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2015.

<sup>2</sup> Bezugnehmend auf „Gemeinsam Handeln“ 7 Punkte Plan Chemnitz

<sup>3</sup> Unter Bezugnahme auf Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung.

<sup>4</sup> Unter Bezugnahme auf Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Mai 2019

<sup>5</sup> Unter Bezugnahme auf Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Das Syndrom des Populismus. Von Prof. Dr. Karin Priester

*i. A. Anja Schale*

---

Unterschrift

**Begründung:**